Gender studies und Feminismus : Plädoyer für eine Differenzierung

Autor(en): **Gsell, Monika**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Rosa : die Zeitschrift für Geschlechterforschung**

Band (Jahr): **- (2002)**

Heft 24

PDF erstellt am: **25.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-631548

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Gender studies und Feminismus. Plädoyer für eine Differenzierung

von Monika Gsell

In der Schweiz wird Geschlechterforschung heute sowohl innerhalb der *scientific community* als auch in einer breiteren Öffentlichkeit (immer noch) weitgehend mit feministischer Politik und Gleichstellungsforderungen in Verbindung gebracht. Ist diese Assoziation von *gender studies* und Feminismus dem Institutionalisierungsprozess eher hinderlich oder förderlich? Und inwiefern ist es überhaupt sinnvoll, immer wieder auf der politischen Zielsetzung dieses Forschungsbereiches zu insistieren?

Im Zuge der Bemühungen um eine Institutionalisierung der *gender studies* an den Schweizer Universitäten ist in den letzten Jahren immer wieder vermutet worden, dass der Widerstand gegen die Etablierung dieses Forschungsbereiches von Seiten der Universitäten sich hauptsächlich gegen die für die *gender studies* konstitutive feministische Wissenschafts- und Gesellschaftskritik richtet. Es ist von Berührungsängsten gegenüber der feministischen Wissenschaft die Rede, von der Bedrohung, die diese für die etablierten Wissenschaften bedeutet, und davon, dass gerade die feministische Wissenschaftskritik dazu führt, dass die Frauen- und Geschlechterforschung vom traditionellen Wissenschaftsbetrieb ausgeschlossen und marginalisiert wird.[1] Mit dieser Annahme einher geht die Befürchtung, dass eben diese Wissenschaftskritik – und damit zugleich auch der politische Anspruch, mit dem die Frauen- und Geschlechterforschung auftritt – zugunsten einer Erleichterung des Institutionalisierungsprozesses geopfert werden könnte.[2] Gerade deshalb sei es aber wichtig, die Bedeutung feministischer Wissenschaftskritik weiterhin zu betonen und auf dem politischen Anspruch dieses Forschungsfeldes zu insistieren.[3] Gügler geht dabei so weit, im Gegenzug zur Institutionalisierung von Frauen- und Geschlechterforschung von den akademischen und wissenschaftlichen Institutionen zu verlangen, dass sie «sich dieser grundlegenden Kritik (...) stellen, über tief greifende Veränderungen im etablierten Wissenschaftsbetrieb nachdenken sowie solche auch einleiten.»[4] Das bedeutet – in der Logik und der Rhetorik der feministischen Wissenschaft – nichts weniger als zu erwarten, dass der «Feind» (die etablierten akademischen Institutionen) die Waffen streckt und sich freiwillig an der Demontage seiner eigenen Machtstrukturen beteiligt. Einmal abgesehen davon, dass solche Erwartungen schlicht naiv sind – zumal der Wissenschaftsbetrieb ja gottseidank nicht als einheitlicher Block funktioniert, der sich zentral steuern liesse – melden sich auch erhebliche Zweifel sowohl an der These von dem sich an der feministischen Wissenschaftskritik entzündenden Widerstand, als auch an der Richtigkeit der Strategie, immer wieder auf die politische Orientierung der Frauen- und Geschlechterforschung zu verweisen. Gegenüber der von Gügler vorgeschlagenen Strategie der Insistenz sehe ich heute und in Bezug auf die Institutionalisierung der Geschlechterforschung vielmehr die Notwendigkeit, (wieder) stärker zwischen Wissenschaft und Politik als auch zwischen feministischer Forschung und Geschlechterforschung zu unterscheiden, als dies von den Gründerinnen und heutigen Exponentinnen dieses Forschungsfeldes gefordert wird.

DIE AUTORIN MONIKA GSELL

ist zur Zeit wissenschaftliche Mitarbeiterin der UniFrauenstelle Zürich. Im Rahmen eines Nationalfonds-Umsetzungskredits hat sie den Auftrag, gesamtschweizerische Strategien für die Förderung von *gender studies* zu entwickeln. Im Zentrum dieses Auftrages steht die Entwicklung eines Konzeptes für die Oeffentlichkeitsarbeit im Bereich *gender studies*. Als einen öffentlichkeitsrelevanten Kristallisationspunkt hat sich dabei die Frage nach der Verbindung von *gender studies* und Feminismus herausgestellt.

e-Mail: monika.gsell@access.unizh.ch

Verwechslung von Frauenförderung und Förderung der Geschlechterforschung

Wenn die Öffentlichkeit (im engeren Sinn der akademischen Autoritäten und im breiteren Sinn der Medien und Politik) etwas davon verstanden hat, worum es bei der Frauen- und Geschlechterforschung geht, dann ist es der feministische Aspekt. Dieses Verständnis geht so weit, dass zuweilen gar nicht mehr zwischen Gleichstellungspolitik und Geschlechterforschung unterschieden wird. So hält Charles Kleiber, Staatssekretär für Wissenschaft und Forschung, in seinem Antwortschreiben auf eine Stellungnahme des Vereins Feministische Wissenschaft, der KOFRAH (Konferenz der Frauenbeauftragten der Schweizer Universitäten und Hochschulen) und der SGFG (Schweizerische

Gesellschaft für Frauen- und Geschlechterforschung) zur Institutionalisierung von Frauen- und Geschlechterforschung einleitend fest, dass er die Vorschläge zur Institutionalisierung dieses Forschungsbereiches mit Interesse entgegengenommen habe. Und er fährt fort: «Auch mir ist es ein grosses Anliegen, die Chancengleichheit von Frau und Mann an den universitären Hochschulen der Schweiz zu fördern.» In der Folge verweist er auf diverse bereits laufende oder geplante Massnahmen zur Frauenförderung auf verschiedenen Ebenen der Forschung und universitären Bildung.[5] Genau gleich verhält es sich im Antwortschreiben von Bundesrätin Ruth Dreifuss auf die nämliche Stellungnahme: Abgesehen vom einleitenden Bezug auf die Stellungnahme ist im ganzen Rest des Briefes nur noch von Frauenförderung und Chancengleichheit die Rede, nicht aber von Frauen- und Geschlechterforschung.[6]

Gender studies als Magd der Gleichstellungspolitik?

Diese Verwechslung bzw. Ineinssetzung von Frauenförderung, Geschlechterforschung und Gleichstellung ist im Grunde nichts anderes als ein Effekt, der von den politischen und wissenschaftlichen Exponentinnen der Geschlechterforschung selbst betriebenen Argumentationsstrategie. Dass diese Strategie mitunter auch nachteilig sein kann für die Frauen- und Geschlechterforschung – nachteilig allerdings in einem anderen Sinn als Seith und Gügler dies vermuteten – hat sich an einer im Mai 2001 in Bern stattfindenden Veranstaltung gezeigt: An dem von der Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften (SAGW) organisierten und prominent besetzten Apéro zur Feier des von der SAGW herausgegebenen Buches «Geschlechterdifferenz und Macht» monierten diverse RednerInnen – mit unverhohlen spitzer Wende gegen das gefeierte Buch – die Geschlechterforschung möge sich künftig doch wieder verstärkt den realen gesellschaftlichen Problemen zuwenden statt sich weiter mit schwer verständlichen, sprich dekonstruktiven Theoremen abzugeben. Dieser Versuch, die *gender studies* auf gesellschaftspolitisch verwertbare, orientierte Forschung zu verpflichten ist m.E. überaus fragwürdig und mit ein Grund, weshalb ich das Beharren auf und Betonen des wissens- und gesellschaftskritischen Aspekts der Geschlechterforschung für wenig sinnvoll halte.

Der eigentliche Punkt, um den es mir hier geht, ist aber folgender: Frauenförderung und Gleichstellungspolitik sind – zurecht – starke Argumente für die Institutionalisierung von *gender studies*. Und es sind nicht nur starke Argumente, sondern darüber hinaus auch Argumente, die heute auf eine breite, gesellschafts- und bildungspolitische Akzeptanz stossen. Aus diesem Grund erscheint mir die Vermutung, dass just der feministisch-politische Aspekt der Frauen- und Geschlechterforschung der Hemmschuh auf dem Weg zur Institutionalisierung sein soll, nicht ganz plausibel. Ich habe vielmehr den Eindruck, dass das feministisch-politische Fundament der *gender studies* überaus gut verankert ist in der Wahrnehmung der Öffentlichkeit.

Das Problem am politischen Argument der Frauenförderung scheint denn auch weniger zu sein, dass es auf Widerstand stossen würde, sondern vielmehr, dass es ein politisches Argument ist – und dass es als solches einfach nicht genügt, um für die Institutionalisierung von Frauen- und Geschlechterforschung zu «werben». Denn die Integration eines neuen Forschungsbereiches in die universitäre Lehre und Ausbildung kann letztlich nicht allein politisch begründet werden, es bedarf zusätzlich und primär einer genuin wissenschaftlichen Begründung. In diesem Sinne hat Andrea Maihofer an einer Ende August 2001 vom Landesmuseum Zürich veranstalteten *gender studies*-Tagung unmissverständlich festgehalten: «Wir müssen die Bedeutung des *gender*-Wissens deutlicher vermitteln als bisher. Das Argument der Gleichstellung greift zu kurz, wir können nicht immer sagen: Wir sind benachteiligt, gebt uns Geld.»

Differenzierung von Politik und Wissenschaft

Zu einer genuin wissenschaftlichen Begründung der *gender studies* gehört m.E. zuallererst eine offenere Handhabung des *gender*-Begriffes selbst. Was *gender* im Sinne der sozialen, kulturellen und psychischen Konstruktion von Geschlecht und Geschlechterdifferenz bedeutet, muss der eigentliche Forschungsgegenstand von *gender studies* sein und sollte nicht von vornherein definiert werden.

Genau dies ist in dem hierzulande vorherrschenden Institutionalisierungs-Diskurs der Frauen- und Geschlechterforschung aber der Fall. In dem – implizit oder explizit – stets auf der Basis eines Paradigmas argumentiert wird, demzufolge die Konstruktion von *gender* grundsätzlich der Etablierung und Bewahrung von Hierarchien dient, und damit Herrschaft (des Mannes) und Unterdrückung (der Frau) sichern soll. Dieses Verständnis von *gender* als einem hierarchischen Strukturprinzip hängt dabei so offensichtlich und unmittelbar mit dem feministischen Projekt der Gesellschafts- und Wissenschaftskritik zusammen, dass der Ideologievorwurf tatsächlich nahe liegt. Auf der Basis eines solchen *gender*-Begriffs lässt sich denn auch sehr gut

Politik, aber nur sehr begrenzt Forschung betreiben: Zum einen kommen damit andere als feministische Forschungsfelder gar nicht erst in den Blick, zum anderen taugt dieses Paradigma bestenfalls zur Analyse gesellschaftlicher Strukturen – für die Analyse individueller Geschlechterverhältnisse greift es vollends zu kurz.

Ich habe letztlich den Eindruck, dass sich die Frauen- und Geschlechterforschung so grosse Mühe gegeben hat, ihr Forschungsfeld politisch zu begründen, und dass sie damit so erfolgreich war, dass es heute wieder eher einer gegenläufigen Tendenz bedarf: nämlich einer sorgfältigen Differenzierung von Politik und Wissenschaft. Diese Differenzierung ist nicht nur notwendig, um die genuin wissenschaftliche Begründung der *gender studies* besser kommunizieren zu können. Es bedarf dieser Differenzierung auch, um den Spielraum zu öffnen, indem sich (feministische) Politik und Geschlechterforschung gegenseitig reflektieren und kritisieren können. Auf der Basis dieses Reflexionsprozesses wird die Frage, (immer wieder) neu zu beantworten sein, wo man *gender studies* von der Politik trennen – und wo man die Verbindung bewahren oder neu herstellen muss.

Die feministische Wissenschaft hat die Tendenz, sich selbst gegen Kritik von aussen wie von innen zu immunisieren, indem sie jede Kritik als Bestätigung ihres Repressionsparadigmas betrachtet: «Es wird deutlich, dass insbesondere feministische Wissenschaftskritik, die sich selbst als Ideologiekritik versteht, oft nicht zur Kenntnis genommen, sondern geradezu ins Gegenteil verkehrt wird.»[7] Das mag zwar richtig sein, zugleich gilt aber auch: Ideologiekritik enthebt nicht von der Gefahr, selber ideologisch zu argumentieren. Ich wünschte mir deshalb nicht nur eine sorgfältige Differenzierung von Politik und Wissenschaft, sondern auch viel mehr kritische Stimmen und hetreogene Positionen innerhalb der Frauen- und Geschlechterforschung selbst. Was m. E. fehlt in der schweizerischen Frauen- und Geschlechterforschung sind die lebhaften Debatten, und das mag wiederum daran liegen, dass der dominant feministisch-politische Anspruch dieses Forschungsgebietes hierzulande kaum je in Frage gestellt wird.

Die Debatte ist hiermit eröffnet. Eine Gelegenheit, sie zu führen, bietet die Tagung GENDER TALKS, die vom 2.–4. April in Genf stattfindet.

ANMERKUNGEN

1 Vgl. dazu Corinna Seith. From Malestream to Mainstreaming: Frauen- und Geschlechterstudien in der Schweiz (1968-1998). In: Neugierig auf Gender Studies 1999, S. 25–40, S. 27 und 30, sowie Brigitte Gügler. Frauen- und Geschlechterforschung – eine Herausforderung und Chance: Ein Beitrag zur aktuellen Diskussion um die Institutionalisierung von Frauen- und Geschlechterforschung in der Schweiz. In: universelle 1 (Mai 2000) 47–68, insbesondere S. 58.

2 Gügler, S. 62; vgl. dazu auch Seith, S. 30, die die terminologische Verschiebung vom Begriff der Frauenforschung hin zu *gender studies* – unter anderem – als «Ausdruck einer auf Anpassung zielenden Logik von Institutionen» und als «Versuch, *gender studies* vom feministischen Anspruch zu reinigen» interpretiert.

3 Gügler, S. 49 und 59.

4 Gügler, S. 63.

5 Brief vom 30. März 1999, abgedruckt im Rundbrief des Vereins Feministische Wissenschaft vom April 1999, Nr. 3, S. 10.

6 Ebd., S. 11, Brief vom 1. April 1999.

7 Gügler, S. 58.

ANZEIGE